

**Erweiterung der Unterstützung für  
Flüchtlingskinder und ihre Familien – Aktionsplan  
des Stadtjugendamtes München**

**Gemeinschaftsunterkünfte bedarfsgerecht und nachhaltig gestalten!  
Kinderbetreuung mitdenken!**

Antrag Nr. 14-20 / A 00745 der Stadtratsfraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL  
vom 10.03.2015

**Schaffung einer Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, die von  
weiblicher Beschneidung (Female Genital Mutilation, FGM) betroffen oder bedroht sind**  
160. Empfehlung der 277. Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 17.09.2015

Produkt 3.1.1 Jugendarbeit  
Produkt 3.1.2 Jugendsozialarbeit  
Produkt 3.2.1 Familienangebote  
Produkt 6.2.1 Beratung, Bildung und Qualifizierung nach Migration und Flucht

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04241**

6 Anlagen

**Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 02.02.2016 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

**1. Aktueller Sachstand zum Aktionsplan des Stadtjugendamtes zur Unterstützung  
von Flüchtlingskindern und ihre Familien**

Am 17.12.2014 beschloss die Vollversammlung des Münchner Stadtrates den  
Aktionsplan des Stadtjugendamtes zur Unterstützung von Flüchtlingskindern und ihren  
Familien (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01644).

Im Wesentlichen umfasst der Aktionsplan drei Schwerpunkte mit deren Umsetzung  
begonnen wurde.

### **1.1 Freizeitangebote für Jugendliche und deren Familien auf dem Gelände der Bayernkaserne**

Im Beschluss wurde das Sozialreferat/Stadtjugendamt beauftragt, Freizeitangebote für Jugendliche und deren Familien auf dem Gelände der Bayernkaserne in Trägerschaft des Kreisjugendring München Stadt anzubieten. Seit Anfang Februar ist der Kreisjugendring mit dem Projekt „LOK Arrival“ auf dem Gelände vertreten. Am 01.03.2015 wurde die Halle 23 eröffnet, die verschiedene Freizeitaktivitäten wie Soccer 5, Tischkicker und Raum für verschiedene Freizeitangebote bietet. Der Kreisjugendring führt in der Halle regelmäßig von Dienstag bis Samstag Freizeitangebote durch.

### **1.2 Unterstützungsangebote für Kinder (von 0-17Jahren) und ihre Eltern in der Aufnahmeeinrichtung und den Dependancen sowie in den Gemeinschaftsunterkünften**

Am 17.12.2014 wurde in der Vollversammlung des Münchner Stadtrates zudem der Ergänzungsantrag der Caritas und Inneren Mission zum Aktionsplan des Stadtjugendamtes beschlossen. Dieser sieht vor, in allen bestehenden Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen eine kommunal finanziert Kinderbetreuung einzurichten.

Da in der Aufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne sowohl die räumliche wie die personelle Ausstattung für die Angebote für Familien nicht ausreichend war, wurden zur bereits bestehenden Kinderbetreuung, dem sogenannten KIDS TREFF des Sozialdienstes der Inneren Mission, bereits kleinere Ergänzungsangebote durch Einrichtungen der Jugendhilfe vor Ort über den Aktionsplan finanziert.

Um die Unterstützungsangebote für die Kinder und Ihre Eltern in der Bayernkaserne abzusichern, wurde zu der bisher einzigen pädagogischen Mitarbeiterin eine zusätzliche pädagogische Mitarbeiterin eingestellt. Außerdem konnte über die Task Force der Landeshauptstadt München eine stillgelegte Hort-Containeranlage zur Verfügung gestellt und auf dem Gelände der Bayernkaserne aufgebaut werden.

Die LHM stellt dem Sozialdienst der Inneren Mission diese Containeranlage zur Verfügung, damit ein bedarfsgerechter Ausbau des Unterstützungs- und Beratungsangebot für begleitete Kinder, Jugendliche und ihren Familien in kindgerechten Räumen möglich ist. Am 22.07.2015 wurde die Containeranlage unter dem Namen „Family House“ eröffnet.

Konkret wird im Family House das bisherige Angebot des Sozialdienstes der Inneren Mission mit qualifizierten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeführt und dem Unterstützungs- und Förderbedarf der Kinder und ihrer Eltern angepasst. Die Angebote sollen eine erste Brücke zu den Regelangeboten der Kindertagesbetreuung und Kinder- und Jugendhilfe für Familien im Asylverfahren in deren künftigen

Wohnumfeld der jeweiligen Gemeinschaftsunterkunft darstellen.

Die Betreuung wird durch verschiedene Angebote erfolgen wie z. B.

- Offene Spielangebote für Kinder,
- Regelmäßige Mutter-Kind-Gruppen,
- niederschwellige Deutschkurse für begleitete Jugendliche,
- erste niederschwellige Informations- und Kennenlernangebote zum Bildungs- und Gesundheitswesen.

### **1.3 Öffnung der Jugendhilfe für begleitete Flüchtlingskinder und deren Familien**

Zur Umsetzung der regionalen Vernetzung der Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen der Jugendhilfe mit den Sozialdiensten der Flüchtlingshilfe und um die Vernetzung möglichst praxisnah und effektiv zu gestalten, sind bei IfF-Refugio-München e.V. 2,5 Stellen für Initiatoren/Koordinatoren (IniKo) angesiedelt. Am 15.04.2015 nahm die erste Fachkraft ihre Arbeit auf und zum 01.07.2015 konnten alle Stellen besetzt werden. Durch den verzögerten Beginn der IniKo's können derzeit 3,0 VZÄ Stellen finanziert werden und es ist aus fachlichen Gründen wegen der aktuellen Entwicklung im Flüchtlingsbereich sinnvoll diesen Personalschlüssel beizubehalten.

### **Sachstand zum Förderbudget**

Ein Überblick über geförderte Angebote ist im Anhang als Anlage 3 beigelegt.

Dem Sozialreferat/Stadtjugendamt steht nach Beschlussfassung vom 17.12.2014 ein Förderbudget in Höhe von 952.200 € zur Umsetzung des Aktionsplans zur Verfügung. Hiervon sind 202.200,-€ fest für die LOK Arrival veranschlagt, 196.350,- € sind für die 2,5 VZÄ IniKo veranschlagt und 587.350,- € sind für Projekte zur Umsetzung des Aktionsplans vorgesehen.

Zum 01.08.2015 lagen für den Aktionsplan 48 Anträge für Maßnahmen und Projekte in einer Gesamthöhe von 880.754,- € vor. Bewilligt wurden bisher 27 Anträge in einer Gesamthöhe von 415.236,41 €.

Die bewilligten Angebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen bei den begleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Eltern sowie unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

## **2. Aktionsplan des Stadtjugendamtes zur Unterstützung von Flüchtlingskindern und ihren Familien aktueller Ausweitungsbedarf**

Bereits in den ersten beiden Quartalen 2015 wurde somit knapp 4/5 des Förderbudgets für Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans ausgegeben. Mit Aufnahme der Tätigkeit der IniKo's ist davon auszugehen, dass vermehrt zielgerichtete Anträge für den Aktionsplan eingehen werden, da durch die Vernetzungsarbeit Bedarfe noch genauer benannt werden können und Einrichtungen der Jugendhilfe Öffnungsprozesse ihrer Angebote für Flüchtlinge gezielter angehen werden. Daneben ist durch die Prognose zu den rapide steigenden Flüchtlingszahlen ein erheblicher Mehrbedarf an Angeboten

vorhersehbar.

## **2.1 Bedarfsprognose**

Der Aktionsplan wurde auf der Datenlage vom August 2014 erstellt. Er ging damals von 650 begleiteten minderjährigen Asylsuchenden, die in der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften lebten und 482 unbegleiteten Jugendlichen im Übergangswohnen aus.

Vom 01.01.2015 bis 31.10.2015 wurden in München ca. 4.100 unbegleitete Minderjährige in Obhut genommen. Vom 01.11.2015 bis zum 29.12.2015 wurden nach dem § 42a SGB VIII 670 unbegleitete Minderjährige vorläufig in Obhut genommen und davon wurden 162 unbegleitete Minderjährige nach dem § 42 SGB VIII in Obhut genommen. Derzeit leben ca. 3000 unbegleitete Minderjährige in Anschlusshilfen in München. Hinzu kommen bis Ende 2016 voraussichtlich ungefähr 3.000 <sup>1</sup> begleitete minderjährige Flüchtlinge die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

Um die wesentlichen Ziele des Aktionsplanes zu erreichen, zeichnet sich schon jetzt ab, dass aufgrund der stark steigenden Zugangszahlen das veranschlagte Förderbudget in Höhe von 952.200 € nicht ausreichend sein wird.

## **2.2. Berücksichtigung von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe durch den Aktionsplan**

In Austauschgremien wurde sowohl von Seite der Sozialverbände als auch dem Amt für Wohnen und Migration darauf hingewiesen, dass sich Familien mit Fluchthintergrund in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe befinden. Für diese Personengruppe ist es auch wichtig, im Aktionsplan berücksichtigt zu werden.

### **Familien mit Fluchthintergrund in der Wohnungslosenhilfe**

Familien, die aus der Erstaufnahmeeinrichtung oder der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen müssen, werden im Idealfall in (Sozial-)Wohnungen vermittelt. Aufgrund des Mangels an Sozialwohnungen ist dies nicht in allen Fällen möglich. Diese Familien werden in städtischen Notquartieren, Beherbergungsbetrieben oder Clearinghäusern (BNC) untergebracht. Da der aufenthaltsrechtliche Status der Personen in den Einrichtungen der städtischen Wohnungslosenhilfe nicht erfasst wird, kann nicht genau benannt werden, wie viele Menschen aus den GU's in den städtischen Einrichtungen leben.

### **Betreuung der Kinder in den Einrichtungen**

In den städtischen Notquartieren, Beherbergungsbetrieben und Clearinghäusern mit Familien sind Erzieher/-innen vor Ort tätig. Es gibt in den Einrichtungen Gruppen- und

---

<sup>1</sup> Ausgehend vom Königssteiner Schlüssel bei 1 Millionen ankommenden Flüchtlinge. Davon werden in München 1,56 % auf München verteilt. Davon sind ca. 20% Kinder und Jugendliche.

Hausaufgabenräume und i. d. R. auch Spielplätze.

In Ergänzung zu den vorhandenen Regelangeboten stehen in Unterkünften, die mit Familien oder alleinerziehenden Müttern und Vätern belegt sind, für die Kinder- und Jugendarbeit Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung. Hierbei liegt der Betreuungsschlüssel bei 1:30 Kindern. Die Hauptaufgaben der Erzieher und Erzieherinnen bestehen in Gruppenangeboten (z.B. Hausaufgabenbetreuung) und der Elternberatung in Erziehungsfragen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Vermittlung der Kinder in Regelangebote.

Die Ziele der pädagogischen Leistungen orientieren sich an den „Leitlinien Kinder- und Familienpolitik“ der Landeshauptstadt München, Sozialreferat (Mai 2007).

### **3. Ausweitung des Aktionsplans<sup>2</sup>**

#### **3.1 Zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.1.1 Jugendarbeit**

##### **3.1.1 Einrichtung „Refugio-IniKo“**

**Träger:** Refugio

**Mehrbedarf:** 47.645,-- € befristet 2016/2017/2018

**Begründung:**

Das Projekt IniKo stellt eine zentrale Maßnahme des Aktionsplans zur Unterstützung von Flüchtlingskindern und deren Familien dar. Die IniKo's haben die Aufgabe bestehende Angebote der Jugendhilfe und Kindertagesstätten auf Bedarfe der Kinder und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften und der Erstaufnahme hin zu koordinieren. Dies geschieht in enger Abstimmung mit dem Referat für Bildung und Sport und den bestehenden Regsam Arbeitskreisen. Bestehende Angebote werden beschrieben und in einer Übersicht den Akteuren der Jugendhilfe zugänglich gemacht. In enger Kooperation mit der Sozialbetreuung (familienunterstützende Angebote) wird die Vernetzung zu den Kindertagesbetreuungseinrichtungen im Sozialraum aufgebaut und damit Zugänge für Flüchtlingsfamilien geschaffen werden. Durch den Ausbau der Gemeinschaftsunterkünfte ist dies mit 2,5 VZÄ nicht leistbar. Deshalb ist eine weitere 0,5 VZÄ Stelle Sozialpädagogik S 15 notwendig. Die Eingruppierung wurde zwischen der Jugendamtsleitung und dem Träger am 20.01.2015 vereinbart und begründet sich dadurch, dass es zur Umsetzung der Beratungs- und Koordinierungstätigkeit im Spektrum des komplexen Bereichs Flüchtlingsfamilien in Gemeinschaftsunterkünften spezifisches Wissen und Können bedarf, welches nur durch eine Hochschulausbildung und/oder eine entsprechende Zusatzqualifikation so wie langjährige Berufserfahrung in diesem Arbeitsfeld erworben wird.

---

2 Alle vorgeschlagenen Maßnahmen sind in einer Übersicht der Beschlussvorlage als Anhang in der Anlage 4 beigelegt.

**Kostenaufstellung:**

• Personalkosten (0,5 VzÄ Dipl.Soz.Päd. S15)	37.645,-- €
• Sachkosten	10.000,-- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>47.645,-- €</b>

**3.1.2 Einrichtung KJR – LOK Arrival****Träger:** KJR München-Stadt**Mehrbedarf:** 164.065,-- € befristet Laufzeit Bayernkaserne mindestens 2016

Der Auftrag des Stadtjugendamtes, den Aufbau einer Angebotsstruktur für uM im Rahmen einer Außenstelle der `LOK` Freimann (LOK Arrival) auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne zu etablieren, wird seit März 2015 erfolgreich umgesetzt. Die Errichtung einer Außenstelle der `LOK` auf dem ehemaligen Gelände der Bayernkaserne und die damit verbundene Spezialisierung des Angebotes auf den Bereich minderjähriger Flüchtlinge erforderten den Aufbau einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur mit entsprechenden Angebotszeiten. Der Auftrag des Stadtjugendamtes, den Aufbau einer Angebotsstruktur für unbegleitete und begleitete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen einer Außenstelle der `LOK` Freimann (LOK Arrival) auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne zu etablieren, wird vom KJR München-Stadt seit März 2015 erfolgreich umgesetzt.

In den letzten 4 Monaten lag der tägliche Besucherschnitt bei 130 Personen, wobei sich in Spitzenzeiten mehr als 200 Besucherinnen und Besucher in der Halle aufhalten. Insgesamt wurden in den letzten 4 Monaten 3.600 Besucherinnen und Besucher gezählt. Bei dem derzeitigen sehr starken Zulauf an Besucherinnen und Besuchern wird es nicht möglich sein die hohen Betreuungszahlen mit dem derzeitigen Personalstand zu halten. Ein geregelter Betrieb war unter diesen Umständen nur noch teilweise möglich. Es ist beabsichtigt, das Team bis zum Ende der Laufzeit Bayernkaserne (12/2016) von zwei auf vier Stellen aufzustocken und das Projekt als eigene Einrichtung künftig ohne Anbindung an die Freizeitstätte LOK Freimann eigenständig zu führen und diese aufgrund der fachlichen Zusammenhänge organisatorisch an das „Willkommen in München“-Team anzugliedern. Hier gibt es zahlreiche fachliche Überschneidungen und intensive Kooperationen. Deshalb beabsichtigt das Stadtjugendamt, neben der Zuschaltung einer pädagogischen Fachkraft, eine Leitungsstelle in S15 einzuführen. Mit einer Personalausstattung von künftig 4 Vollzeitstellen können die Öffnungszeiten der Halle und die parallel stattfindenden Angebote künftig dem Bedarf angemessen und mit entsprechender pädagogischer Qualität durchgeführt werden.

**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (1VZÄ S 11 Sozialpädagogik)	54.080,-- €
• Leitung (1VZÄ S 15 Sozialpädagogik)	75.290,-- €
• Sachkosten und VWK	34.695,-- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>164.065,-- €</b>

**3.1.3 Einrichtung „Refugio – Kunstwerkstatt für Flüchtlingskinder“****Träger:** Refugio**Mehrbedarf:** 82.854,80 € befristet 2016/2017/2018**Begründung:**

Die Kunstwerkstatt für Flüchtlingskinder betreut seit 1993 Flüchtlingskinder und Jugendliche im Alter von vier bis achtzehn Jahren aus allen Kriegs- und Krisenländern, die nach München kommen. Jeweils einmal wöchentlich werden offene Kurse für bildnerisches Gestalten, Musik, Medien, Tanz und Theater **in den** Unterkünften für Flüchtlinge angeboten. Neben den kontinuierlichen Kursen werden Ausstellungen, Theater-, Musik- und Tanzaufführungen sowie gemeinsame Projekte mit anderen Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Zielsetzung ist es, den Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund unabhängig von sprachlichen Barrieren die Möglichkeit zu geben, ihre schweren Erfahrungen auf vielfältige Weise auszudrücken und damit sichtbar zu machen. Außerdem soll mit der Förderung der Kreativität den Kindern und Jugendlichen Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein vermittelt werden und somit trägt das Angebot zur Entwicklung der Persönlichkeit, zur Verbesserung der Lebenssituation sowie zur Integration bei.

Refugio – Kunstwerkstatt für Flüchtlingskinder hat im Haus St. Josef des Münchenstift - GmbH am Luise-Kiesselbach-Platz ab Frühsommer 2015 Räume zur Miete angeboten bekommen. Mit diesem Raumangebot kann ein fester Ort für jugendliche Flüchtlinge geschaffen werden, wo in einer ruhigen Arbeitsatmosphäre kulturelle Bildung, eine Begegnung mit Kunst und Kultur sowie die Förderung der ästhetischen Kompetenz und des kreativen Potentials stattfinden kann. Die Räume dienen zudem als Anlaufstelle und offener Treffpunkt, in dem Jugendliche sich miteinander austauschen, lernen, reden und eigene Netzwerke aufbauen, unabhängig vom Unterbringungsort der Jugendlichen. Darüber hinaus soll eine Verknüpfung zwischen den Angeboten der Kunstwerkstatt und den psychotherapeutischen Angeboten von Refugio München ermöglicht werden, wie dies bereits erfolgreich in der Bayernkaserne durchgeführt wird.

**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (0,5 VZÄ S 12 Sozialpädagogik, 0,5 VZ Musikpädagogik S 12)	58.920,-- €
• sonst. Sachkosten und VWK (tatsächliche Kosten)	23.934,80 €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>82.854,80 €</b>

**3.1.4 Einrichtung naturindianer-kids****Träger:** naturindianer-kids gUG**Mehrbedarf:** 54.170,00 € befristet 2016/2017/2018**Begründung:**

Die Kindern der 4. Klasse der Agilofingerschule hatten im Kinder- und Jugendforum am 21.11.2014 an den Herrn Oberbürgermeister Reiter einen Antrag für ein Tipi für Flüchtlingskinder für die staatl. Gemeinschaftsunterkunft Max.Proebstl-Str. 12 in Bogenhausen gestellt. Herr Oberbürgermeister Reiter hat sich als Pate für die Verwirklichung dieses Projektes zur Verfügung gestellt. Im Frühjahr 2015 wurde in der Flüchtlingsunterkunft Max-Proebstl-Str.12 das Tipi aufgestellt. Die Schulkinder besuchen seitdem regelmäßig die Flüchtlingskinder in der Gemeinschaftsunterkunft. Mit der pädagogischen Betreuung für das Tipi und die dort stattfindenden Angebote wurde der Träger naturindianer-kids gUG betraut. Die Naturindianer sind offizielles Projekt der UN-Weltdekade einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und Träger des Qualitätssiegels Umweltbildung Bayern. Dieses Konzept eignet sich sehr gut, um den Flüchtlingskindern einen aktiv-gestalterischen Zugang zu Deutschland zu ermöglichen.

Aktuell befinden sich 19 Flüchtlingskinder in der Unterkunft, künftig sollen weitere 234 Flüchtlinge in der Unterkunft aufgenommen werden, deshalb ist von einem Anstieg der Kinderzahlen in 2016 und 2017 auszugehen. Die Betreuung erfolgt bisher an zwei Tagen wöchentlich für 4 Stunden und in den Ferien tage- oder wochenweise.

Ab 2016 soll die Betreuung wochentags von zwei auf drei Tage ausgedehnt und auf die kompletten Sommerferien ausgeweitet werden. Es soll ein 6-wöchiges ganztägiges Ferienangebot gemeinsam mit Kindern aus der GU Karl-Schmid-Str. angeboten werden.

Ziele des Projekts:

- Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache für die Mütter und Väter bei gleichzeitiger Kinderbetreuung,
- Unterstützung der Kinder bei den Hausaufgaben,
- Sicherung des Zugangs zur deutschen Kultur über gemeinsame naturpädagogische Erlebnisse.



**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (Honorarkosten)	46.400,-- €
• sonst. Sachkosten	7.920,-- €
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>54.170,-- €</b>

**3.1.5 Einrichtung Utopia**

**Träger:** Falken Freizeitstättenverein München e.V. (FFV München e.V.)

**Mehrbedarf:** 58.920,-- € befristet 2016/2017/2018

**Begründung:**

Im 16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach sind mehrere Einrichtungen zur Unterbringung und Betreuung von jungen Flüchtlingen und Familien geplant bzw. entstanden. Zwei davon liegen im direkten Umkreis der offenen Kinder- und Jugendeinrichtung UTOPIA, Ottobrunner Straße 10:

- Jugendhilfeeinrichtung für Übergangswohnen in der Ottobrunner Straße 90/92 für 172 Heranwachsende (ab 01.02.2016)
- Gemeinschaftsunterkunft in der Woferlstraße für Familien mit Kindern und Jugendlichen (ab 29.07.2016)

Die Einrichtung UTOPIA möchte mit folgenden Leistungen zur Integration der jungen Menschen in den Stadtteil beitragen:

- Integration in den offenen Betrieb und die laufenden Angebote der Einrichtung (verbunden mit bedarfsgerechter Ausweitung der Öffnungszeiten und Erweiterung des Angebots),
- Angebote für die Jugendlichen aus dem Übergangswohnen in der Ottobrunner Straße 90/92 (tagesstrukturierende Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten, vorwiegend am Vormittag und an den Wochenenden),
- Angebote für die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft Woferlstraße (Unterkunft grenzt direkt an das Gelände des Abenteuerspielplatzes an).

Um diese zusätzlichen Aufgaben und Angebotserweiterungen bewältigen zu können, ist die Schaffung einer Vollzeitstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft erforderlich.

**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (1 VZÄ Dipl.Soz.Päd. S12)	58.920,-- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>58.920,-- €</b>

### 3.1.6 Einrichtung KUBU

#### **Integrationsprojekt für junge Flüchtlinge aus der Gemeinschaftsunterkunft LOLLO Charlotte-Kirschbaum-Haus im Stadtbezirk 2 - Isarvorstadt-Ludwigsvorstadt**

**Träger:** Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.

**Mehrbedarf:** 35.328,-- € befristet 2016/2017/2018

#### **Begründung:**

Auf Initiative des Bezirksausschusses 2 – Isarvorstadt-Ludwigsvorstadt hat die offene Einrichtung für Kinder und Jugendliche „KUBU“ begonnen, die in der Gemeinschaftsunterkunft „LOLLO Charlotte-von-Kirschbaum-Haus“, Thalkirchner Straße 9, untergebrachten Flüchtlinge, besonders die Kinder und Jugendlichen, in die offene Kinder- und Jugendarbeit zu integrieren.

Derzeit sind in der Unterkunft Familien mit **rund 80 Kindern** und Jugendlichen, die zumeist junge begleitete Flüchtlinge sind, untergebracht. Insgesamt leben im Charlotte-von-Kirschbaum-Haus (LOLLO) maximal 249 Bewohnerinnen und Bewohner in 94 Appartements. Konzipiert ist es für die Aufnahme von Familien mit Kindern, alleinerziehenden Frauen und alleinstehende Frauen. Das Haus verfügt nur über zwei Gruppenräume für die Kinder und Jugendlichen sowie einen kleinen Außenbereich.

Mit dem Projekt sollen sowohl die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Eltern erreicht werden, um eine verbesserte Integration zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen auch **Jugendliche aus anderen Gemeinschaftsunterkünften mit einbezogen werden**, die das KUBU ebenfalls bereits besuchen. Mit dem vorhandenen Personal können die Anforderungen und Aufgaben nicht bewältigt werden. Es sind daher die Anstellung einer sozialpädagogische Fachkraft mit 15 Std./Woche sowie zusätzliche Projektmittel erforderlich. Weiterhin auch der Einsatz von Ehrenamtlichen und Honorarkräften zur Durchführung einzelner Angebote (z.B.Ferienbetreuung).

#### **Kostenaufstellung:**

• Personalkosten (Dipl.Soz.Päd. S12), 15 Std./w, Honorare, Aushilfen)	28.572,-- €
• Sachkosten	6.756,-- €
Gesamtkosten	<b>35.328,-- €</b>

#### **Es entsteht folgender zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.1.1 Jugendarbeit für die Jahre 2016, 2017 und 2018**

2016	2017	2018
<b>442,982.80 €</b>	<b>278,917.80 €</b>	<b>278,917.80 €</b>

### 3.2 Zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.1.2 Jugendsozialarbeit

#### 3.2.1 Einrichtung Beratungs-/Betreuungsstelle zur Verhinderung von Female Genital Mutilation

**Träger:** IMMA e.V.

**Mehrbedarf:** 50.355,-- € dauerhaft

**Begründung:**

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt hat im Juli 2014 die Handreichung zur „Verhinderung von Genitalverstümmelung (FGM) bei Mädchen und jungen Frauen in München“ veröffentlicht. Die große Nachfrage nach der Handreichung zeigt, dass bei Fachkräften das Thema FGM zum Arbeitsalltag gehört. Durch den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen aus den Prävalenzländern ist vermehrt mit betroffenen und gefährdeten Mädchen und jungen Frauen zu rechnen.

Das Sozialreferat schließt sich aus fachlicher Sicht der 160. Empfehlung der 277. Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 17.09.2015 „Schaffung einer Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, die von weiblicher Beschneidung (Female Genitale Mutilation, FGM) betroffen oder bedroht sind“ an. Für Beratung und Unterstützung von betroffenen Mädchen und jungen Frauen soll an die Fachstelle Zwangsheirat bei dem freien Träger IMMA e.V. - Initiative für Münchener Mädchen die o.g. Beratungsstelle angebunden werden. Für die Umsetzung ist eine Fachpersonalstelle der Fachrichtung Sozialpädagogik zunächst mit einer Wochen-stundenzahl von 0,5 VZÄ der Entgeltgruppe SuED 15, zuzüglich Sach- und Verwaltungskosten, sinnvoll. Diese wurde im Stadtratsbeschluss vom 09.10.2012 „? Zwangsheirat verhindern?“ Konzept für die Landeshauptstadt München (08-14/V10065) beschlossen.

Die Eingruppierung der Fachpersonalstelle in SuED 15 begründet sich laut Konzept darin, dass es zur Umsetzung der Beratungstätigkeit im Spektrum des komplexen Bereichs Zwangsheirat spezifischen Wissens und Könnens bedarf, welches nur durch Hochschulbildung und/oder eine entsprechenden Zusatzausbildung erworben wird.

**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (0,5 VZÄ Dipl.Soz.Päd S15)	37.645,-- €
• sonst. Sachkosten und VWK	12.710,-- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>50.355,-- €</b>

### 3.2.2 Einrichtung „Bunt Kickt Gut“

**Träger:** IG Feuerwache

**Mehrbedarf:** 47.891,58 € einmalig in 2016  
50.000,00 € befristet 2016/2017/2018

**Begründung:**

„Bunt Kickt Gut“ ist ein Projekt der interkulturellen Verständigung und in seiner bestehenden Form und Dimension ein bundesweit einzigartiges Beispiel für organisierten Straßenfußball.

Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, jungen Menschen verschiedener kultureller und nationaler Herkunft eine sinnvolle und gesunde Freizeitbeschäftigung zu geben und Möglichkeiten sozialen und kulturellen Miteinanders zu eröffnen.

Durch den Fußball kommen die Kinder und Jugendlichen in Kontakt mit anderen Münchner Kindern unterschiedlicher Herkunft und können ohne Sprachgrenzen miteinander agieren.

Gerade diese nonverbale Möglichkeit des Miteinanders und der Integration von Jugendlichen in bereits bestehende Strukturen machte „Bunt Kickt Gut“ zu einem kompetenten Partner bei der Arbeit mit Flüchtlingen. So konnte das Projekt im Jahr 2014 in 1502 Arbeitsstunden 610 Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Unterkünften und Dependancen erreichen. Durch diese (zusätzliche) Tätigkeit ist dem Träger jedoch ein Defizit in Höhe von 47.891,58 € entstanden, dessen Ausgleich dieser beantragt. Zudem ist eine Weiterführung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Unterkünften und Dependancen sinnvoll und notwendig, was eine jährliche Zuwendung von 50.000€ für die nächsten drei Jahre nötig macht.

**Kostenaufstellung:**

	2016	2017	2017
<b>Defizitausgleich 2014</b>	47,891.58 €		
<b>Projekte mit Flüchtlingen in Unterkünften und Dependancen</b>	50,000.00 €	50,000.00 €	50,000.00 €

### 3.2.3 Einrichtung Eltern unterstützen – Lernerfolge erzielen (EuLe)

**Träger:** AKA e.V.

**Projekt:** Eltern unterstützen – Lernerfolge erzielen (EuLe)

**Mehrbedarf:** 70.000 € befristet 2016/2017/2018

**Begründung:**

Das Projekt EuLe soll Flüchtlingen, deren Kindern und den Lehrerinnen / Lehrern einen

Unterstützungspunkt im Kontext Schule bieten. Gerade die neuangekommenen Familien brauchen besondere Unterstützung, um ihre Kindern bei der Bewältigung des für sie vollkommen fremden Schulalltages zu begleiten und zu fördern:

So sollen niederschwellige Zugänge geschaffen, Ängste abgebaut und Erfahrungen und Wissensrückstände vermittelt werden, um den Umgang mit Schule zu erleichtern und sie somit die Möglichkeit zu bekommen ihre Kinder im Schulalltag zu unterstützen.

Dieses Projekt soll mit Fachkräften durchgeführt und durch Zusatzausbildungen im Bereich Familien- und Lerntherapie ein umfassendes Konzept anbieten: Dies ist insbesondere für Familien mit Flüchtlingshintergrund wichtig, da durch die Flucht- und Gewalterfahrungen auf der einen Seite und der unsicheren Zukunft und den beengten Wohnverhältnissen auf der anderen Seite das Lernen stark beeinträchtigt ist.

Das Projekt EuLe bietet:

- 1.niederschwellige Elternangebote durch Elterntreffs, Kurse, Vorträge und „aufsuchende Elternarbeit“
- 2.regelmäßig stattfindende Elterncafes in den Räumlichkeiten, um die Flüchtlinge zu vernetzen und Themen im Bereich Schule/Lernen zu bearbeiten
- 3.Beratung zu Fragen der Erziehung, Entwicklung und Schule
- 4.Elternbildungsangebote und Elterntrainings
- 5.niederschwellig unterstützende Angebote für Kinder
- 6.Unterstützung beim Dialog mit der Schule / zu Schulfragen (z.B. Übertritt, Schulformen, Schulabbruch....)

Zur Durchführung des Projektes werden 2 Dipl.-Sozialpädagogen/-innen (je 19,5 Stunden) mit Migrationshintergrund und jeweils familientherapeutischer und lerntherapeutischer Zusatzausbildung benötigt.

#### **Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal (2x0,5 VZÄ Dipl.Soz.Päd. S12)	70.000,-- €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>70.000,-- €</b>

**Es entsteht folgender zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.1.2 Jugendsozialarbeit für die Jahre 2016, 2017 und 2018 und dauerhaft**

<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>dauerhaft ab 2016</b>
<b>167.891,58 €</b>	<b>120.000,00 €</b>	<b>120.000,00 €</b>	<b>50.355,00 €</b>

### 3.3 Zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.2.1, Familienangebote

#### 3.3.1 Träger SOS Kinderdorf

**Mehrbedarf:** 50.000,--€ befristet 2016/2017/2018

**Begründung:**

In der Nähe des SOS -Familien- und Kindertagszentrum wurde zum 29.12.2015 die Gemeinschaftsunterkunft Centa-Hafenbrädl-Str. 50 mit 474 Plätzen eröffnet.

Der Träger wird mit einer Fachkraftstelle (20 Std./Woche) und mit Ehrenamtlichen überwiegend zugehend die Familien in der Gemeinschaftsunterkunft aufsuchen.

Hauptziel ist es, gemeinsam mit dem Sozialdienst vor Ort Angebote zu entwickeln, die konkret Unterstützung bei der Kinderbetreuung, Kindererziehung und Neuorientierung im direkten und erweiterten Umfeld bieten und die Entwicklung von Zugehörigkeit, dem Kennenlernen und Verstehen von Regeln und Gepflogenheiten im informellen und institutionellen Bereich fördern.

Zu den zusätzlichen Angeboten in der GU für die Familien soll vor allem eine durchlässige, bedarfsgerechte Nutzung der bestehenden Angebote im SOS-Familien- und Kindertageszentrum Neuaubing für Familien aus der GU ermöglicht werden.

**Kostenaufstellung:**

• Fachpersonal	33.000,-- €
• sonst. Sachkosten	17.000,-- €
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>50.000,-- €</b>

#### Es entsteht folgender zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.2.1

#### Familienangebote für die Jahre 2016, 2017 und 2018

2016	2017	2018
50.000,--€	50.000,--€	50.000,--€

### 3.4. Zuschaltung von Personalressourcen für die Mittelverwaltung Jugendarbeit

Mit Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 02.12.2014 und der Vollversammlung am 17.12.2014 wurde das Sozialreferat/Stadtjugendamt damit beauftragt, ein Förderbudget für akut entstehende Bedarfe nach Antragsprüfung an freie Träger auszureichen und dessen Verwendung zu überprüfen.

Zur Verwaltung des Förderbudgets wurde eine Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ, für die Zuschusssachbearbeitung bei S-II-KJF/JA in der Entgeltgruppe E9, vorerst befristet in 2015, als notwendig beschlossen. Ende 2015 sollte im Benehmen mit dem Personal- und

Organisationsreferat überprüft werden, ob es einer Verlängerung der Befristung bedarf. Die halbe Stelle Zuschusssachbearbeitung war vorgesehen zur Verwaltung eines Förderbudget i. H. von 985.900,-- Euro in 2015 und 952.200 Euro in 2016 und 2017.

- Hinzu kam noch der Mittelvollzug für das Projekt "WIM - Willkommen in München" mit dem der Kreisjugendring München-Stadt seit März 2015 mit insgesamt 5 Stellen primär für den Bereich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Übergangsbereich unterstützt. Die Mittel in Höhe von 342.725 Euro in 2015 und 675.450 Euro für 2016 und 2017 wurden von S-II-E auf S-II-KJF/JA übertragen und werden hier vollzogen.
- Ab 2016 soll nun der Fördertopf für den Aktionsplan zur Unterstützung von Flüchtlingskindern und deren Familien erneut bedarfsgerecht um weitere 250.000 Euro aufgestockt werden.

<b>2015</b>		<b>2016 - 2018</b>	
In BV geplante Zuschusssumme für 0,5 Zuschusssachbearbeitung (Beschluss der VV vom 17.12.2014 )	985,900.00 €	In BV geplante Zuschusssumme für 0,5 Zuschusssachbearbeitung (Beschluss der VV vom 17.12.2014 )	952,200.00 €
Mittelvollzug für das Projekt "WIM" KJR (Mittel von S-II-E)	342.725,00 €	Mittelvollzug für das Projekt "WIM" (Mittel von S-II-E)	675,450.00 €
		Geplante Mittelaufstockung für den Maßnahmentopf	250,000.00 €
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1,328,625.00 €</b>	<b>Gesamtsumme</b>	<b>1,880,650.00 €</b>

Damit hat sich das zu verwaltende Förderbudget in Bezug auf die Stellenbemessung des Beschlusses der VV vom 17.12.2014 für 2016 fast verdoppelt.

Die beschlossene halbe Stelle konnte erst nach längere Zeit zum 11.09.2015 besetzt werden

Nach den bisherigen Erfahrungswerten ist davon auszugehen, dass 2016 weit über 40 Projekte zu bearbeiten sein werden. Dies entspricht für die Zuschussbearbeitung einer Vollzeitstelle, damit diese einen vorschrifts- und ordnungsgemäßen Mittelvollzug gewährleisten kann (vgl. Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschuss vom 13.05.2014).

Es wird daher vorgeschlagen, bei S-II-KJF/JA statt einer Halbtagsstelle eine Vollzeitstelle zur Verwaltung des Förderbudgets für den Aktionsplan zur Unterstützung von Flüchtlingskindern und deren Familien in der Entgeltgruppe E9 einzurichten. Die Befristung der Stelle muss zudem an die Laufzeit des Fördertopf gekoppelt werden. Daraus ergibt sich folgende

**Kostenaufstellung für die Finanzsteuerung:**

<b>Bereich</b>	<b>VZÄ</b>	<b>Budget</b>
Finanzsteuerung S-II-KJF/JA	1 VZÄ E 9	65.030,-- €
dauerhaft/laufende Sachkosten		800,-- €
einmalige Büroausstattung		2.370,-- €

**Für die Finanzsteuerung bedeutete dies zusammengefasst einen jährlichen Förderbedarf in Höhe von 65.830,-- €.**

**Es entsteht folgender zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Produkt 3.1.1 Jugendarbeit für die Jahre 2016, 2017 und 2018**

<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
<b>68.200,-- €</b>	<b>65.830,-- €</b>	<b>65.830,-- €</b>

#### **4. Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in München**

In den vergangenen 20 Jahren wurden durch die Sozialberatung der Caritas und der Inneren Mission in bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkünften so wie der Aufnahmeeinrichtung München mit ihren Dependancen Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien angeboten. Hierfür wurden die zuständigen Träger durch das Amt für Wohnen und Migration mit jährlich insgesamt 112.625,-- € bezuschusst.

Am 17.12.2014 beschloss die Vollversammlung des Münchner Stadtrates (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01644) den Ergänzungsantrag der Caritas und der Inneren Mission zum Aktionsplan des Stadtjugendamtes München – Unterstützung für die Flüchtlingskinder und ihre Familien. Dadurch wurden 13,5 VZ-Stellen für pädagogische Fachkräfte für Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in München befristet bis 2017 geschaffen.



#### **4.1 Konzept für die Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in München**

In enger Kooperation mit dem Amt für Wohnen und Migration wurde das folgende beschriebene Konzept abgestimmt und ebenfalls mit der Asylsozialberatung der Wohlfahrtsverbänden Caritas und Innere Mission abgestimmt. Das Konzept orientiert sich stark an dem bereits bestehenden und vom Stadtrat bewilligten Konzept der Kinder und Jugendarbeit in Notquartieren / Clearing-häusern und Pensionen.

Im Beschluss des Sozialausschusses vom 10.01.02 wurde die Betreuung der Kinder und Jugendlichen in den Notquartieren durch Fachpersonal (staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher) festgelegt und ein Stellenschlüssel von 1 Erzieher/in zu 30 Kindern und Jugendlichen vereinbart.

#### **4.2 Aufgaben für die Erzieherin / den Erzieher<sup>3</sup> in den Gemeinschaftsunterkünften**

Im Zusammenwirken mit der Asylsozialberatung und der niederschweligen sozialen Betreuung (Pförtner mit Sonderaufgaben) werden die unten aufgeführten Aufgaben durch die Erzieherin / den Erzieher in der Gemeinschaftsunterkunft übernommen.

- Zielgerichtete pädagogische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen u.a. durch Gruppen- und Einzelbetreuung, die Unterstützung schulischer und beruflicher Bildungsarbeit, sozialisationsfördernde und freizeitpädagogische Angebote unter Beachtung der Wahrung der Aufsichtspflicht (z. B. Spielgruppen für Kleinkinder, Mutter-Kind-Gruppen, Hausaufgabenbetreuung etc.).
- Förderung und Hilfestellung in der Erziehungskompetenz und Eigenverantwortung der Eltern unter Berücksichtigung der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeit sowie der mitunter belastenden Lebenssituation in den Gemeinschaftsunterkünften.
- Vermittlung von Kindern in Regeleinrichtungen sowie Beratung der Eltern bei der Wahl weiterführender Schulen bzw. Schulwechsel, bei Bedarf in Absprache mit Schulpsychologen und Beratungsstellen.
- Förderung der Selbsthilfe der Eltern durch Informationsveranstaltungen und Gruppenangebote sowie durch Elternabende und Elterngespräche.
- Beratung in Gesundheitsfragen, Zusammenarbeit mit der zuständigen Kinderkrankenschwester und Familienhebamme (RGU) und den Frühe Hilfen-Fachkräften
- Kooperation und Zusammenarbeit mit der Bezirkssozialarbeit und dem Unterstützungsdienst in den Sozialbürgerhäusern in Absprache mit der Asylsozialberatung insbesondere im Rahmen der Aufgaben des § 8a SGB VIII
- Mitarbeit bei der Weiterentwicklung, Anwendung und Überprüfung von Grundsätzen

<sup>3</sup> Oder für den Aufgabenbereich über entsprechende Qualifikationen verfügende und vom Jugendamt im einzelnen anerkannter Fachkräfte

und Maßstäben für Qualitätsbewertung zum § 8a SGB VIII in der Gemeinschafts-unterkunft

- Regelmäßige Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Regeleinrichtungen durch persönliche Gespräche, Teilnahme bzw. gegebenenfalls Begleitung der Eltern an Elternabenden und Sprechtagen und Gestaltung von Angeboten in den Regeleinrichtungen.
- Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit der Gemeinschaftsunterkünfte in Zusammenarbeit mit den IniKos, mit den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Einrichtungen der Familienangebote, Stadtteilinitiative, Vereinen sowie interdisziplinären Fachgremien innerhalb des Stadtteils.
- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit: Teilnahme und Mitarbeit in Arbeitskreisen, übergreifenden Projekten und Aktionen
- Gewinnung, fachliche Anleitung und Organisation des Einsatzes von bürgerschaftlich Engagierten und Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten.

#### **4.2.1 Die Kostenaufstellung für 1 VZÄ Erzieherinnen- / Erzieherstelle**

<b>Bereich</b>	<b>Kosten</b>
1 VZÄ S8*	65.410,--€
dauerhaft/laufende Sachkosten	1.000,-- €
Zentrale Verwaltungskosten 5%	3,270.50 €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>69,680.50 €</b>

\*Bei der Berechnung wurden die Jahresmittelbeiträge SuED 2015 angewendet.

Die Kostenaufstellung ist die Grundlage für die weiteren Berechnungen unter Ziffer 4.2.2.

#### **4.2.2 Gesamtkostenaufstellung für die Gemeinschaftsunterkünfte und der Aufnahmeeinrichtung und der Dependancen in München**

Da das notwendige Budget für die Unterstützungsangebote für die Kinder, Jugendlichen und deren Familien in den Gemeinschaftsunterkünften immer von der weiteren Planung und Entstehung neuer Gemeinschaftsunterkünfte in München abhängig ist und eigentlich für jeden Standort ein zusätzlicher Beschluss zur Finanzierung notwendig werden würde, wird in der Berechnung nun von der zur Zeit aktuellen Bedarfsprognose von 15.000 Plätzen für Flüchtlingen in den verschiedenen Unterbringungsformen, die die Stadt München jährlich zur Verfügung stellen muss, ausgegangen.

Die Berechnung geht von der Annahme aus, dass eine Gemeinschaftsunterkunft in der Regel mit 20% Kinder und Jugendliche (0-17Jahren) belegt ist. Die Personalkosten sind

berechnet auf die Anforderungen auf das oben beschriebene Aufgabengebiet für Erzieherinnen und Erzieher, d.h. 1 VzÄ für die Betreuung von 30 Kindern und Jugendlichen.

Die Materialkosten sind pro Kind auf 3,-- € im Monat festgelegt und für die Erstausrüstung der Räume mit geeigneten Möbel und Beschäftigungsmaterial auf 90,-- € pro Kind.

Der Raumbedarf ist dem Raumplanungskonzept von S-III angemeldet und wo baulich umsetzbar auch berücksichtigt.

Bedarfsprognose für Plätze für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften jährliche	15,000
Davon sind 20 % Kinder und Jugendliche im Alter von 0-17 Jahren	3.000
Benötigte Planstellen für Erzieher/innen bei 1VzÄ Erzieher/in zu 30 Kinder	100

	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
<b>Personalkosten Gemeinschaftsunterkünfte</b>	6.968.050,00 €	6.968.050,00 €	6.968.050,00 €
<b>Personalkosten Aufnahmeeinrichtung München für 13 VzÄ bei einer geschätzten Anzahl von 735 Kindern einschließlich Anteile für Springerkräfte in der Not- AE</b>	801.325,75 €	801.325,75 €	801.325,75 €
<b>einmalige Ausstattung Gemeinschaftsunterkünfte 90,00 € pro Kind</b>	270.000,00 €		
<b>Materialkosten Gemeinschaftsunterkünfte pro Kind 3,00 € im Monat</b>	108.000,00 €	108.000,00 €	108.000,00 €
<b>Materialkosten Aufnahmeeinrichtung</b>	29.160,00 €	29.700,00 €	29.700,00 €
<b>Gesamtkosten Unterstützungsbedarf</b>	8.176.535,75 €	7.907.075,75 €	7.907.075,75 €
<b>Abzüglich vom Stadtrat am 04.12.14 genehmigten Budget</b>	1.186.960,00 €	1.186.960,00 €	0,00 €
<b>zusätzlich benötigtes Budget</b>	<b>6.989.575,75 €</b>	<b>6.720.115,75 €</b>	<b>7.907.075,75 €</b>

Die detaillierten Übersicht pro Standort befinden sich im Anhang in der Anlage 1 und 2 der Beschlussvorlage. (Diese Berechnungen sind aktualisiert bis zum 13. Standortbeschlusses vom 29.10.2015 des Sozialreferats / Amts für Wohnen und Migration).

Da laufend neue Gemeinschaftsunterkünfte entstehen, ist um eine gleiche personelle Ausstattung und die gleichen Qualitätsstandards in allen Unterkünften für die Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten ein Ausbau der Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien erforderlich.

#### 4.3 Stellenzuschaltung für die Fach- und Finanzsteuerung

Am 17.12.2014 beschloss die Vollversammlung des Münchner Stadtrates (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01644) den Ergänzungsantrag der Caritas und der Inneren Mission zum Aktionsplan des Stadtjugendamtes München – Unterstützung für die Flüchtlingskinder und ihre Familien. Mit dem Beschluss entstand das neue Aufgaben-gebiet Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften im Stadtjugendamt im Sachgebiet Angebote für Familien, Frauen und Männer.

Im Dezember 2014 wurden durch die Sozialberatung der Caritas acht Gemeinschafts-unterkünfte betreut und durch die Innere Mission zwei Gemeinschaftsunterkünfte sowie die Aufnahmeeinrichtung München mit der Bayernkaserne und den vier weiteren Dependancen.

Im Jahr 2015 erfolgte der notwendige Ausbau von Unterbringungsplätzen und dieser wird auch 2016 fortgesetzt werden. Die folgende Übersicht basiert auf der Datenlage Stand 13. Standortsbeschluss vom **29.10.2015** vom Sozialreferat / Amt für Wohnen und Migration.

	<b>Bestand 2015</b>	<b>Geplante Einrichtungen 2016</b>
<b>Standardprogramm</b>	13	14
<b>Sofortprogramm</b>	2	8
<b>Überbrückungsprogramm</b>	12	0
<b>Leichtbauhallen</b>	5	9

Zu den bisherigen zwei Wohlfahrtsverbänden Caritas und Innere Mission für die Asylsozialberatung sind weitere Träger dazu (beispielsweise AWO, Condrobs, Frauenhilfe, Pro Familia, Arbeiter Samariter Bund) gekommen und es werden noch weitere folgen.

Die pädagogischen Fachkräfte für die Unterstützungsangebote sind jeweils an die staatliche und kommunale Asylsozialberatung der oben genannten Trägern angegliedert.

Die Zuständigkeit für die fachliche und finanzielle Steuerung der neu einzurichtenden Angebote fällt in das Sachgebiet Angebote für Familien, Frauen und Männern im Produkt 60 3.2.1 (Familienangebote, Offenen Familienarbeit, Familienangebote für Flüchtlinge). Um diese Aufgabe bewerkstelligen zu können, bedarf es einer Stellenausweitung bei der zuständigen Fachsteuerung und dem Zuschuss im Sachgebiet KJF/A. Der zeitliche Aufwand für die fachliche Steuerung ist besonders während der Planungs-, Umsetzungs- und Aufbauphase von den sehr schnell neu entstehenden Gemeinschaftsunterkünften

hoch.

#### **4.3.1 1 VZÄ Fachsteuerung Angebote für Familien, Frauen und Männer**

Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in München

#### **4.3.2 Steigerung der Personal- und Sachkosten für die Fachsteuerung:**

Für die vielfältigen, zeitintensiven Arbeitsvorgänge und teil-weise neu zu entwickelnden Modelle im Bereich Fachsteuerung für die Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Gemeinschaftsunterkünften und Einrichtungen der Erstaufnahme München im Sachgebiet für Männer, Frauen und Familie sowie deren Implementierung und laufende Weiterentwicklung wird die Zuschaltung von mindestens 1 VZÄ für die Dauer von vorerst drei Jahren beantragt.

Daraus ergibt sich folgende **Kostenaufstellung**:

<b>Bereich</b>	<b>VZÄ</b>	<b>Budget</b>
Fachsteuerung S-II-KJF/A	1 VZÄ S 17	83.790,-- €
dauerhaft/laufende Sachkosten		800,-- €
einmalige Büroausstattung		2.370,-- €

Für die Fachsteuerung bedeutet dies zusammengefasst einen **jährlichen Förderbedarf in Höhe von 84.590,-- €**.

#### **4.3.3 1 VZÄ Finanzsteuerung Angebote für Familien, Frauen und Männer**

Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien in den Einrichtungen der Erstaufnahme und den Gemeinschaftsunterkünften in München

#### **4.3.4 Aufgaben der Finanzsteuerung**

Es ist zusammen mit der Fachsteuerung von S-II-KJF/A eine intensive Kooperation mit der fachlichen und finanziellen Steuerung der staatlichen und kommunalen Asylsozialberatung im Amt für Wohnen und Migration (S-III-SW4) notwendig, des weiteren ist die Beratung der Antragsteller besonders in der Planungs-, Umsetzungs- und Aufbauphase von den neu entstehenden Gemeinschaftsunterkünften sowie die Bearbeitung von Förderanträgen, vertraglich vereinbarten Zuwendungen und Verwendungsnachweisen erforderlich. Die Überprüfung der Anträge auf sachliche und rechnerische Richtigkeit und auf Erfüllung der Fördervoraussetzungen auf Grundlage der Zuschussrichtlinien, sowie das Überprüfen des Kosten- und Finanzierungsplanes auf

Übereinstimmung mit einschlägigen förderrechtlichen und tarifrechtlichen und haushaltsrechtlichen Bestimmungen gehört ebenso ins Aufgabenprofil. Besonders zu berücksichtigen ist auch der hohe Aufwand der Bearbeitung des Mehrjahresinvestitionsprogrammes, durch die vielen Eröffnung der neuen Gemeinschaftsunterkünfte.

Zusätzlich ist erforderlich die Mitwirkung bei der Erarbeitung/Bearbeitung von Stellungnahmen, Beschlussvorlagen, Anfragen und Anträgen von Bürgerversammlungen und Zuarbeit zu Stadtratsaufträgen.

#### **4.3.5 Steigerung der Personal- und Sachkosten für die Finanzsteuerung:**

Für 1 VZÄ für die Finanzsteuerung wird in der Regel von 40 Einrichtungen ausgegangen.

Nach dem 13. Standortsbeschluss vom 29.10.2015 vom Sozialreferat / Amt für Wohnen und Migration werden bis Ende 2016 insgesamt 63 Einrichtungen bestehen. Laut Auskunft des Sozialreferats/Amt für Wohnen und Migration werden (Stand 25.01.2016) bis Ende des Jahres 2016 insgesamt 84 Unterkünfte für Flüchtlinge in Betrieb sein.

Diese Einrichtungen werden von den fünf Wohlfahrtsverbänden mit unterschiedlichen Trägern betrieben. Zur Zeit ist außerdem nicht absehbar wie viele weitere zusätzliche Gemeinschaftsunterkünfte entstehen werden.

Daraus ergibt sich folgende **Kostenaufstellung für die Zuschaltung der Finanzsteuerung:**

<b>Bereich</b>	<b>VZÄ</b>	<b>Budget</b>
Finanzsteuerung S-II-KJF/A	1 VZÄ E 9	65.030,-- €
dauerhaft/laufende Sachkosten		800,-- €
einmalige Büroausstattung		2.370,-- €

Für die Finanzsteuerung bedeutete dies zusammengefasst einen **jährlichen Förderbedarf in Höhe von 65.830,-- €**.

Es entsteht folgender **zusätzlicher Finanzierungsbedarf / Personalkosten im Produkt 3.2.1 Familienangebote für die Jahre 2016, 2017 und 2018**

<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
<b>155,160.00 €</b>	<b>150,420.00 €</b>	<b>150,420.00 €</b>

## **5. Personalbedarf der Bezirkssozialarbeit (BSA) im Rahmen der Eröffnung neuer**

### **Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende**

Die Bezirkssozialarbeit (BSA) in den Sozialbürgerhäusern (SBH) ist in den Gemeinschaftsunterkünften für den Kinderschutz, die Erwachsenenengefährdung, die Vermittlung von Leistungen der Jugendhilfe sowie anderer gesetzlicher und freiwilliger Leistungen zuständig. Die Asylberatung der Verbände vor Ort kann diese hoheitlichen Aufgaben nicht übernehmen. Die große Zahl der Flüchtlinge bedeuten erheblich mehr Fälle und Arbeit für die BSA. Bisher wurden noch keine zusätzlichen Stellen für diesen Auftrag geschaffen.

Auf Basis von Zaducs (kontaktierte Haushalte und dokumentierte Dienstleistungen) wurde der tatsächliche Personalaufwand der Bezirkssozialarbeit rückwirkend berechnet. 2014 waren in diesen Einrichtungen im Durchschnitt immer 1.000 Bettplätze belegt. Für diese Personen wurden, laut der statistischen Erhebung der Dienstleistungen in ZADUCS, Personalressourcen im Umfang von 2 VzÄ BSA aufgewendet. Im Rückschluss ergibt sich daraus ein notwendiger Fallzahlschlüssel von 1 VzÄ BSA für 500 Asylsuchende.

2015 und 2016 werden mit Eröffnung zahlreicher neuer und der Erweiterung bestehender Gemeinschaftsunterkünfte weitere Plätze für knapp 5.500 Personen<sup>4</sup> geschaffen. Bei einem Personalschlüssel von 500:1 entsteht in den geplanten Objekten ab 2016 ein **dauerhafter** Personalbedarf von 12,87 VzÄ BSA sowie 1,61 VzÄ Teilregionsleitung.

Außerdem sind aufgrund des Überbrückungsprogramms **befristet** zusätzliche Stellen notwendig, 2016: 6,19 VzÄ BSA und 0,77 VzÄ Leitungskräfte , 2017: 3,54 VzÄ BSA und 0,44 VzÄ Leitungskräfte, 2018: 1,66 VzÄ BSA und 0,21 Leitungskräfte.

Die Berechnungsbasis für den Personalbedarf ist die BSA-Haushaltsstatistik mit der Anzahl der betreuten Haushalte und den zeitlich hinterlegten Dienstleistungen der BSA. Die Fallzahlen und Dienstleistungen wurden den vorhandenen Gemeinschaftsunterkünften zugeordnet. Die Daten wurden für die Gemeinschaftsunterkünfte in der Franz-Mader-Straße, Heinrich-Wieland-Straße, Hintermeierstraße, Karl-Schmid-Straße, Kronwinkler Straße, Landsberger Straße, Max-Proebstl-Straße, Tischlerstraße ausgewertet.

In diesen Unterkünften waren im Durchschnitt immer 1.000 Bettplätze belegt. 20% der Bettplätze sind im Durchschnitt von Minderjährigen, das entspricht 200 Kinder und Jugendlichen, belegt. Für diese Personengruppe sind bei Bedarf Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz oder Kinderschutzmaßnahmen einzuleiten.

Der reale Arbeitsaufwand ergibt für 2014 etwa 2 Vollzeitäquivalente (VzÄ). Das entspricht einem Fallzahlschlüssel von 500 Personen:1 Vollzeitkraft BSA (Zum Vergleich: für die Personengruppe der Menschen in Unterkünften des Münchner Wohnungslosensystems besteht ein Personalschlüssel von etwa 1 VzÄ BSA pro 100 Personen).

Dieser Personalschlüssel von 1:500 wurde für die nachfolgende Berechnung des

---

4 vgl. hierzu Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03149 (Vollversammlung vom 20.05.2015)



Personal- und Finanzierungsbedarfs für die Bezirkssozialarbeit zugrunde gelegt. Bei der Bedarfsplanung muss der Vorlauf für Personalgewinnung und die 3-monatige zentrale Einarbeitung<sup>5</sup> berücksichtigt werden. Die Einrichtung der Planstellen ist daher sukzessive ab dem 01.01.2016 erforderlich.

### Personal- und Finanzierungsbedarf BSA

#### Dauerhafte Personal- und Sachkosten für die BSA ab 2016:

	GU / Eröffnung	Kapazität	Personalbedarf BSA
1	Truderinger Str. 4 05.01.2015	250	0,50 VzÄ
2	Neumarkter Str. 43 01.04.2015	270	0,54 VzÄ
3	Landsberger Str. 412 01.08.2015	150	0,30 VzÄ
4	Stolzhofstr. 01.09.2015	160	0,32 VzÄ
5	Schleißheimer Str. 438 01.11.2015	160	0,32 VzÄ
6	Willy-Brandt-Allee/Lehrer-Wirth-Str. Juli 2015	410	0,82 VzÄ
7	Thalhofstr. Juli 2015	200	0,40VzÄ
8	Max-Proebstl-Str. 01.01.2016	234	0,47 VzÄ
9	Aschauer Str. 34 Juli 2015	300	0,60 VzÄ
10	Centa-Hafenbrädl-Str. Juli 2015	480	0,96 VzÄ
11	Triebstr. Juli 2015	350	0,70 VzÄ
12	Zschokkestr. 01.01.2016	300	0.60 VzÄ
13	Woferlstr. 01.06.2016	200	0.40 VzÄ
14	Heinrich-Wieland-Str./ St.-Michael-Str. 2016	200	0.40 VzÄ
15	Riemer Str. Januar 2016	180	0.36 VzÄ
16	Emma-Ihrer-Str. Januar 2016	180	0.36 VzÄ
17	Mainaustr.10 01.06.2016	200	0.40 VzÄ
18	Schwanthaler Str. 24 01.07.2016	100	0.20 VzÄ
19	Belgradstr. 2016	160	0.32 VzÄ
20	Heinrich-Wieland-Str. Erweiterung 2016	92	0.18 VzÄ
21	Karlsfelder Str. 282 2016	200	0.40 VzÄ
22	Langwieder Hauptstr. 01.01.2016	300	0.60 VzÄ
23	Forstenrieder Alle 01.04.2016	200	0.40 VzÄ
24	Berg-am-Laim Str. 2016	330	0.66 VzÄ
25	Herbert-Quandt-Str. 2016	200	0.40 VzÄ
26	Mitterhofstr. 2016	130	0,26 VzÄ

5 Einarbeitung neuer BSA-Fachkräfte läuft über andere, bereits bewilligte Finanzmittel

27	Kronstadter 01.10.2015	300	0.60 VzÄ
28	Baierbrunnenderstr. 01.12.2015	230	0.46 VzÄ
<b>Personalbedarf BSA (S14 TVöD-SuE)</b>			<b>12,93 VzÄ</b>
<b>Führungsanteile für Teilregionsleitungen (TRL), Personalspanne: 1:8 (S17 TVöD-SuE)</b>			<b>1,62VzÄ</b>
<b>Personalkosten dauerhaft</b>			<b>1.022.867,10 €</b>
<b>Einmalige Arbeitsplatzkosten / Büroausstattung</b>			<b>34.483,50 €</b>
<b>Dauerhafte Arbeitsplatzkosten</b>			<b>11.640,00 €</b>

**Befristeten Personal- und Sachkosten für die BSA:**

	Überbrückungsprogramm		VzÄ	'2016	'2017	'2018
1	Skagerrakstr. Nutzungsdauer ca. 1 Jahr	124	0.25 VzÄ	17,152.50 €	0.00 €	0.00 €
2	Tubeufstr. mindestens 5 Jahre seit Mitte 2015	85	0.17 VzÄ	11,663.70 €	11,663.70 €	11,663.70 €
3	Tübinger Str. ca. 2 Jahre	300	0.60 VzÄ	41,116.00 €	41,116.00 €	
4	Fauststr. (ca.5 Jahre ab 01.10.14)	80	0.16 VzÄ	10,977.60 €	10,977.60 €	10,977.60 €
5	Am Neubruch (5 Jahre ab 01.10.14)	64	0.13 VzÄ	8,919.30 €	8,919.30 €	8,919.30 €
6	Karlstr. (bis April 2016)	800	1.60 VzÄ	36,592.00 €		
7	Richard-Strauss-Str.8 (1,5 Jahre ab 01.06.15)	200	0.40 VzÄ	27,444.00 €		
8	Grafinger Str. ca. 1 Jahr	200	0.40 VzÄ	27,444.00 €		
9	Boschetsrieder Str. Nutzungsdauer offen	100	0.20 VzÄ	13,722.00 €	13,722.00 €	13,722.00 €
10	Landwehrstr. (Nutzungsdauer offen)	200	0.40 VzÄ	27,444.00 €	27,444.00 €	27,444.00 €
10	Hansastr. Nutzungsdauer offen ca. 24 Monate	200	0.40 VzÄ	27,444.00 €	27,444.00 €	27,444.00 €
12	Neuherbergstr. (für 24 Monate)	280	0.56 VzÄ	38,421.60 €	38,421.60 €	
13	Karlsfelderstr. (für 24 Monate)	80	0.16 VzÄ	10,977.60 €	10,977.60 €	
14	Lochhauser Str. (für 24 Monate)	100	0.20 VzÄ	13,722.00 €	13,722.00 €	13,722.00 €
15	Bauernfeindstraße (bis Frühjahr 2017)	280	0.56 VzÄ	38,421.60 €	16,009.00 €	
<b>Personalbedarf BSA (S14 TVöD-SuE)</b>				<b>6,19</b> davon 1,6 für 4 Monate	<b>3,54 VzÄ</b> davon 0,56 für 5 Monate	<b>1,66 VzÄ</b>
<b>Führungsanteile für Teilregionsleitungen (TRL), Personalspanne: 1:8 (S17 TVöD-SuE)</b>				<b>0,77 VzÄ</b> davon 0,2 für 4 Monate	<b>0,44 VzÄ</b> davon 0,07 für 5 Monate	<b>0,21 VzÄ</b>
<b>Befristete Personalkosten</b>				<b>BSA S14</b> 351.462,00€	220.417,00 €	113.893,00 €
				<b>TRL S17</b> 53.660,13€	33.655,64 €	17.595,90 €
<b>Einmalige Arbeitsplatzkosten / Büroausstattung</b>				<b>16.376,70 €</b>		
<b>Befristete Arbeitsplatzkosten</b>				<b>5.586,00€</b>	<b>3.184,00 €</b>	<b>1.496,00</b>

## **6. Sicherstellung des Kinderschutzes am Zentralen Omnibusbahnhof München (ZOB) von Dezember 2015 – 31.03.2016**

**Mehrbedarf: 66.761,-- € einmalig 2016**

In den ersten Septemberwochen kamen ca. 75.000 Flüchtlinge am Münchner Hauptbahnhof an. Darunter zahlreiche unbegleitete Minderjährige und eine große Zahl von Familien mit Kindern.

Neben dem Hauptbahnhof hat sich der ZOB zu einem Knotenpunkt für Flüchtlinge entwickelt, die von hier aus ihre Weiterreise in andere deutsche Städte, oder EU-Länder antreten. Viele der Flüchtlinge müssen eine Nacht am ZOB verbringen, da die Anschlussverbindungen erst in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages abfahren. Die Flüchtlinge sehen sich gezwungen, am ZOB zu übernachten, obwohl dort kein ausreichenden Wartebereiche vorhanden sind.

Zur Unterstützung der Flüchtlinge hat sich eine unabhängige Helferinnen- / Helfergruppe, die sogenannten ZOB Angels gegründet. Ihre Aufgabe sehen sie in der Verteilung von gespendeter Kleidung sowie Getränke und Essen an die Flüchtlinge. Die ZOB-Angels sind täglich von 18.00 – 24.00 Uhr am ZOB vor Ort.

Darüber hinaus bieten die Ärzte der Welt an drei Abenden in der Woche eine medizinische Sprechstunde an. Hier werden kleinere Wunden versorgt und bei Bedarf Medikamente ausgegeben.

Trotz allem können die ZOB Angels im Bereich der psychosozialen Versorgung und den gesetzlichen Aufgaben des Kinderschutzes können keine hin- und ausreichenden Angebote machen.

Den ZOB Angels stehen derzeit zwei Container auf städtischem Grund für das bürgerliche Engagement zur Verfügung. Ein Container dient als Essensausgabe und Lager, der zweite Container dient für die Kleiderausgabe. Den Ärzten der Welt steht ein weitere Container zur medizinischen Behandlung zur Verfügung.

Laut Aussage der ZOB-Angels und der Ärzte der Welt passieren in deren Betreuungszeiten bis zu 250 Flüchtlinge den ZOB. Oftmals müssen um die 50 Personen die ganze Nacht am ZOB verbringen. Darunter auch viele Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen. Diese Gruppe von Flüchtlingen möchte sich nicht in München registrieren lassen, da sie meist zu Familienmitgliedern in anderen Städten Deutschlands oder in anderen EU-Länder weiterreisen möchten.

Mit fallenden Außentemperaturen wird die Lage der Flüchtlinge über Nacht immer

schwieriger. Insbesondere Familien mit Kindern oder körperlich geschwächten Personen setzten die Temperaturen stark zu.

Um die oftmals geschwächten Flüchtlinge vor den Temperaturen zu schützen, hat das Sozialreferat 20 Plätze in der Unterkunft in der Denisstraße angeboten. Hier können die Flüchtlinge einige Stunden im Warmen verbringen. Die Denisstraße ist vom ZOB aus fußläufig zu erreichen. Das Stadtjugendamt hatte den Streetworkbus vor Ort zum Aufenthalt für Familien mit Kindern für eine Woche eingerichtet. Nachdem der Bus aus einer Inspektion nicht zurückkam, konnten die ZOB-Angels vorübergehend auf Spendenbasis einen Aufenthaltsanhänger organisieren.

Das Angebot im Kälteschutzprogramm untergebracht zu werden, wird von den Flüchtlingen jedoch nicht angenommen, da sie befürchten ihre Anschlussverbindungen nicht zu erreichen.

Nach Behandlung im Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) und nach Absprache mit dem Sozialreferat ist das Bayerische Rote Kreuz in Vorleistung gegangen und betreibt seit dem 16.12.2016 einen Container mit hauptamtlicher Betreuung.

Folgende Ziele werden hier vorrangig verfolgt:

- Sicherstellung des Kinderschutzes in Zusammenarbeit mit der Leitstelle
- Beratung und Betreuung von unbegleiteten Minderjähriger und Weiterleitung in das Sozialpädagogische Ankommenszentrum.
- Erstberatung der Flüchtlinge.
- Klären der möglichen Optionen einer Registrierung bei der Regierung von Oberbayern.

Der Container wird analog zu Betreuungszeiten der Ehrenamtlichen täglich (inklusive Feiertage) von 18.00 – 02.00 Uhr vom hauptamtlichen Personal betreut. Für die Nachtöffnung ist ein Sicherheitsdienst vor Ort. Der Container ist von ca. 18.00 – 08.00 Uhr geöffnet. Tagsüber können die Wartebereiche im ZOB genutzt werden. Der Container wird bis 31.03.2015 betrieben werden. Das weitere Vorgehen wird gemeinsam von Sozialreferat und BRK im Rahmen einer Auswertung im Anfang März 2016 beratschlagt.

#### Kostenaufstellung:

• Fachpersonal Asylsozialberatung (inkl. 5% ZVK) S 12	38.100,-- €
• Wachdienst	19.192,-- €
• Sachkosten	9.469,-- €
Gesamtkosten	<b>66.761,-- €</b>

**Es entsteht folgender zusätzlicher einmaliger Finanzierungsbedarf im Produkt  
3.1.1 Jugendarbeit für das Jahr 2016 von 66.761,-- €.**

## 7. Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt aus dem Finanzmittelbestand.

## 8. Kosten

	Befristet 2016	Befristet 2017	Befristet 2018	Dauerhaft ab 2016
Summe zahlungs-wirksame Kosten *	8.537.192,23 €	7.668.265,15 €	8.705.228,05 €	1,084,862.10 €
davon:				
Personalauszahlungen				
Zu 3.4 , 4.3.2, 4.3.5 Stadtjugendamt	213,850.00 €	213,850.00 €	213,850.00 €	
zu 5 BSA	489.214,20 €	279,797.60 €	131,488.50 €	1.022.867,10
Sachauszahlungen** à 800,00 €				
Zu 3.4 , 4.3.2, 4.3.5 Stadtjugendamt	2,400.00 €	2,400.00 €	2,400.00 €	
zu 5 BSA	5,568.00 €	3,184.00 €	1,496.00 €	11,640.00 €
Einmalige Büroausstattung				
zu 5 BSA	50,978.70 €			
Zu 3.4 , 4.3.2, 4.3.5 Stadtjugendamt	7,110.00 €			
zu 5 BSA	50,860.20 €			
Auszahlungen Zuschuss				
zu 3.1.1 – 3.1.6 (Produkt 3.1.1 Jugendarbeit)	442.982,80 €	278.917,80 €	278,917.80 €	
zu 3.2.1 – 3.2.3 (Produkt 3.1.2 Jugendsozialarbeit)	167.891,58 €	120.000,00 €	120,000.00 €	50,355.00 €
Zu 3.3.1 und 4.2.2 (Produkt 3.2.1 Familienangebote)	7.039.575,75 €	6.770.115,75 €	7.957.075,75 €	
Zu 6. (Produkt 3.1.1 Jugendarbeit)	66.761,00			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch neue Stellen (VZÄ):	3,0 S-II 6,19 BSA	3,0 S-II 3,54 BSA 0,44 TRL	3,0 S-II 1,66 BSA 0,21 TRL	12,93 BSA 1,62 TRL

	0,77 TRL			
--	----------	--	--	--

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

Es handelt sich hier um Kosten zur Erfüllung sowohl von Pflicht- als auch von freiwilligen Aufgaben, die nicht erstattungsfähig sind.

## 9. Nutzen:

Die Landeshauptstadt München setzt hier ein deutliches Zeichen, dass die Bedarfe für die Kinder, Jugendlichen und Familien in den Münchner Gemeinschaftsunterkünften und in den Einrichtungen der Erstaufnahme München so wie der Wohnungslosenhilfe gesehen und entsprechende Angebote neu geschaffen und dauerhaft auf fachlich gutem Niveau begleitet werden. Dies trägt dadurch auch zum sozialen Frieden der Stadt bei.

Bei den unter Punkt 5 dargestellten Dienstleistungen handelt es sich um hoheitliche Aufgaben im Rahmen von Kinderschutz und der Abwendung von Erwachsenen-gefährdung. Die Erfüllung des Auftrags ist im beantragten Umfang gesetzlich vorgeschrieben. (Kinderschutz: Art. 6 Abs. 2 GG u. § 8a SGB VIII; Hilfe bei der Gefährdung von Erwachsenen: Art. 1 GG, Art. 20 Abs. 1 GG, Art. 28 Abs. 1 GG; Erschließung gesetzlicher Hilfen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe: § 1 SGB VIII sowie UN-Kinderrechtskonvention).

## 10. Unabweisbarkeit

Die Maßnahmen sind unabweisbar, da die Eröffnung von Gemeinschaftsunterkünften im Rahmen der per Aufgabendelegation angeordneten dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen durch die Kommune bereits im 3. Quartal 2014 angelaufen ist. Über 4.500 Flüchtlinge sind bereits seit Mitte Dezember 2015 in sowohl städtischen Einrichtungen wie auch in den staatlichen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und müssen zügig mit den notwendigen Hilfen und Angeboten zur Integration versorgt werden.

Für die unter Punkt 5 dargestellten Hilfen gilt, dass die Betroffenen einen eigenen Anspruch aufgrund deutscher Gesetzgebung und internationaler Vereinbarungen haben. Die erforderlichen Haushaltsmittel müssen daher unverzüglich bereitgestellt werden, um auf den vorhandenen dringenden Bedarf reagieren zu können.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsreferat, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Gleichstellungsstelle für Frauen abgestimmt.

Das Personal- und Organisationsreferat teilt in seiner Stellungnahme ergänzend mit: „Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.“

Stellungnahme der Gleichstellungsstelle für Frauen:

„Die Gleichstellungsstelle für Frauen bedauert es, dass aus der Neufassung der Sitzungsvorlage zum Aktionsplan des Stadtjugendamts München zur Unterstützung für Flüchtlingskinder und ihre Familien die Finanzierung vieler Hilfen zu spezifischen Bedarfen geflohener Mädchen und Frauen herausgefallen sind. Hier sind zu nennen: Azubine Plus, Marikas, Projektladen International, Mimikry, Jadwiga und Letra. Ebenso wird das Projekt von pro familia zur sexualpädagogischen Begleitung von Mädchen und Jungen verbunden mit der Unterstützung zur Einordnung ins Wertesystem unserer Gesellschaft nicht mehr erwähnt und die Beratungs-/Betreuungsstelle zur Verhinderung von Female Genital Mutilation geringer gefördert als ursprünglich vorgesehen. Speziell zu den nun nicht in die Finanzierung eingehenden müssen dringend Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen stimmt der vorliegenden Sitzungsvorlage zu, wenn die Finanzierung der herausgefallenen Projekte, wie in Aussicht gestellt, in einer weiteren Sitzungsvorlage behandelt wird.

Die Sitzungsvorlage 14-20 / V 04190 „Schutz und Unterstützung in München für geflohene Mädchen und Frauen“ führt auf Seite 27 unter Punkt 3.10 aus, dass Angebote für Mädchen und junge Frauen aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen nicht ausreichend sind und empfiehlt, diese weiter auszubauen. Diese Sicht teilt die Gleichstellungsstelle für Frauen, zumal sich eine zu geringe Berücksichtigung sowohl der weiblichen Zielgruppen als auch ihrer Bedarfe in der vorliegenden Beschlussvorlage abbildet.

Obwohl mädchen-, frauen- und insgesamt geschlechtsspezifische Belange in Einzelprojekten gut aufgegriffen sind, bildet sich in der Gesamtschau folgendes ab:

Die Kurzdarstellungen fast aller Projekte/ Einrichtungen, die zur Finanzierung vorgeschlagen sind, beschreiben koedukative oder als Familienhilfe ausgerichtete Angebote, ohne konkrete Aussagen zur Berücksichtigung besonderer Bedarfe und zur Gleichstellung verschiedener Geschlechter.

Daher ist es wichtig, dass spezielle geschlechtsspezifische oder auf Geschlechtergleichstellung gerichtete Maßnahmen und Angebote, die bereits durchgeführt werden oder die geplant sind, in allen Berichterstattungen benannt werden. Ebenso wichtig ist, dass erhoben wird, wie viele Mädchen und junge Frauen, wie viele Jungen und junge Männer, wie viele Mütter, wie viele Väter erreicht werden. Nur so kann beurteilt werden, welche Bedarfe nicht gedeckt sind und welche Zielgruppen keine Zugänge zu bestehenden Unterstützungsangeboten haben. Nicht zuletzt ist es wünschenswert, zu wissen, wie sich die Mittelverteilung auf die Versorgung der jeweiligen Geschlechter verteilt.

Da in allen aufgeführten Arbeitsbereichen Personal mit erheblicher interkultureller, identitätsbezogener und Genderkompetenz unerlässlich ist, ist bei der Einstellung und bei der Schulung von Personal hierauf insbesondere zu achten.“

Die Stadtkämmerei teilt in ihrer Stellungnahme ergänzend mit:

„Die Stadtkämmerei stimmt der o. g. Beschlussvorlage nicht zu und beantragt die Absetzung von der Tagesordnung.

Grund für die Beantragung der Absetzung ist die fehlende Aussage zu Refinanzierungsmöglichkeiten. Ebenfalls stellen der Bund und der Freistaat Bayern für einen Großteil der hier geforderten Leistungen künftig zusätzliche Mittel bereit. Es ist gerade im Hinblick auf die doch enorme Summe und die grundsätzlich strukturell steigenden Ausgaben der Landeshauptstadt unerlässlich dies hier konkretisierend zu prüfen und dem Stadtrat darzustellen.

Ferner handelt es sich, abgesehen von der Bezirkssozialarbeit (Ziffer 5 des Vortrags), ausschließlich um freiwillige Leistungen der Landeshauptstadt München. Bei der Pflichtaufgabe Bezirkssozialarbeit werden zusätzliche Stellen gefordert. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung ist bei den beantragten Stellschaltungen darauf hinzuweisen, dass gem. Art. 69 Abs. 3 GO Bayern der Stellenplan des Vorjahres weitergilt, bis die Haushaltssatzung für das neue Jahr erlassen ist. Eine Stellschaltung steht solange grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung. Somit können die Stellen zum jetzigen Zeitpunkt unabhängig von



der Dringlichkeit nicht besetzt werden.

Es wird daher keine Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der zusätzlichen Finanzierung zum jetzigen Zeitpunkt gesehen, zumal sämtliche in der Beschlussvorlage geforderten Sachmittel erst im Rahmen des Nachtragshaushalts 2016 beantragt werden. Dieses Vorgehen stimmt auch der künftigen Verfahrensweise für unterjährige Beschlussfassungen zu Budgetausweitungen (vorbehaltlich der Entscheidung der VV am 27.01.2016) überein.

Demnach sollen nach den Vorberatungen in den Fachausschüssen in der VV dann lediglich ein Empfehlungsbeschluss erfolgen. Alle Empfehlungsbeschlüsse werden dann im Juli-Plenum nochmals insgesamt unter Abwägung der finanziellen Auswirkungen beraten und erst dann endgültig beschlossen. Die Umsetzung erfolgt im Nachtrag 2016. Ausnahmen sollen nur im besonders gelagerten Einzelfall und nur dann zulässig sein, wenn nachweisbar unvorhergesehene Ereignisse und Entwicklungen ein sofortiges Handeln notwendig machen, d. h. die jeweilige Haushaltsentscheidung zur Finanzierung keinen Aufschub duldet.“

Das Sozialreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die oben dargestellten Maßnahmen sind aus Sicht des Sozialreferates unabweisbar geboten. Die aktuelle Entwicklung bei der Direktzuweisung der Regierung von Oberbayern von derzeit 650 Flüchtlingen pro Woche in diesem Ausmaß war nicht vorhersehbar. Die Unterbringung der Flüchtlinge und deren Kinder geschieht vermehrt in Großunterkünften mit bis zu 800 Plätzen.

Das Recht von von Kindern und Jugendlichen auf eine Entwicklung zu einer „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“(SGB VIII) und das Kindeswohl ist unter solchen prekären und deprivatisierten Bedingungen massiv gefährdet. Mit der Beschlussvorlage kommt das Stadtjugendamt seinem gesetzlichen Auftrag nach dem SGB VIII nach. Dazu dient gerade auch die Stellenausweitung im Bereich der BSA in den Sozialbürgerhäusern. Insofern handelt es sich im vorliegenden Beschluss nicht um die Ausweitung freiwilliger Leistungen.

Frühzeitige Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern fördert im starken Masse die Integrationsfähigkeit. Für die Stadtgesellschaft und den sozialen Frieden in der Landeshauptstadt München ist es unabdingbar, frühzeitig und nachhaltig die Integration von Flüchtlingskindern in Bildungseinrichtungen zu unterstützen und die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.

Auch für den Herrn Oberbürgermeister hat das Thema Integration höchste Priorität, wie er es in einem an das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Sozialreferat, das Kulturreferat sowie das Referat für Bildung und Sport adressierten Schreiben vom 19.01.2016 zum Ausdruck bringt: „Nachdem in den vergangenen Monaten vor allem die reine Unterbringung der zu uns Geflüchteten im Vordergrund stand, müssen wir jetzt nochmals verstärkt darauf schauen, was es braucht, um eine möglichst schnelle und gute

Integration der Menschen zu erreichen.“

Vorliegender Beschluss ist aus Sicht des Sozialreferats/Stadtjugendamt ein ganz wesentlicher Baustein zur Erreichung dieser Zielsetzung.

Sofortiges Handeln ist daher in dieser Situation notwendig und die Haushaltsentscheidung zur Finanzierung duldet keinen Aufschub.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Koller, der Stadtkämmerei, dem Personal- und Organisationsreferat, der Frauengleichstellungsstelle, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Der Ausweitung des Aktionsplans des Sozialreferats/Stadtjugendamts zur Unterstützung für Flüchtlingskinder und ihrer Familien wird zugestimmt. Alle am Aktionsplan Beteiligten sind aufgefordert, geschlechtsspezifische Daten zu erfassen und darzustellen. Sowohl in der Personalauswahl als auch in der Personalschulung muss neben interkultureller und LGBTIQ-Kompetenz erhebliche Genderkompetenz eine zentrale Bedeutung haben.
2. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.1.2 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit für die jeweils beschriebenen Projekte wird zugestimmt.  
Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 164.065 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.1 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich befristet für 2016 zahlungswirksam um 164.065 €.
3. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.1.1, 3.1.3, 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit für die jeweils beschriebenen Projekte wird zugestimmt.  
Das Sozialreferat wird beauftragt, die für 2016, 2017 und 2018 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 278.918 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2017 und 2018 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.1 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich jeweils für 2016, 2017 und 2018 zahlungswirksam um 278.918 €.
4. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.2.1 dargestellten Finanzierungsbedarf im

Bereich Jugendsozialarbeit wird zugestimmt.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 50.355 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2017 ff zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.2 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich dauerhaft zahlungswirksam um 50.355 €.

5. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.2.2 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich Jugendsozialarbeit wird zugestimmt.  
Das Sozialreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 47.891,58 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.2 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich einmalig für 2016 zahlungswirksam um 47.891,58 €.
6. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.2.2 und 3.2.3 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich Jugendsozialarbeit wird zugestimmt.  
Das Sozialreferat wird beauftragt, für 2016 im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe des Jahresbedarfs von 120.000 € und für 2017 und 2018 die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 120.000 € im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.2 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich jeweils für 2016, 2017 und 2018 zahlungswirksam um 120.000 €.
7. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.3.1 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich der Familienangebote für die jeweils beschriebenen Projekte wird zugestimmt.  
Das Sozialreferat wird beauftragt, für 2016 im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe des Jahresbedarfs von 50.000 € und für 2017 und 2018 die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 50.000 € im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen zusätzlich anzumelden.  
Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.2.1 (Finanzposition 4706.700.0000.4) erhöht sich jeweils für 2016, 2017 und 2018 zahlungswirksam um 50.000 €.
8. Dem im Vortrag der Referentin unter 4.2.2 dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich der Familienangebote für die jeweils beschriebenen Projekte wird zugestimmt.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 6.989.575,75 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.2.1 (Finanzposition

4706.700.0000.4} erhöht sich einmalig 2016 zahlungswirksam um 6.989.575,75 €.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 6.720.115,75 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2017 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.2.1 (Finanzposition 4706.700.0000.4} erhöht sich einmalig 2017 zahlungswirksam um 6.720.115,75 €.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 7.907.075,75 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2018 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.2.1.(Finanzposition 4706.700.0000.4} erhöht sich einmalig 2018 zahlungswirksam um 7.907.075,75 €.

9. Dem im Vortrag der Referentin unter 3.4 dargestellten Finanzierungsbedarf sowie der befristeten Stellenzuschaltung bzw. Stellenausweitung in der Zuschusssachbearbeitung bei S-II-KJF/JA wird zugestimmt.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung einer für 3 Jahre befristeten Stelle (1,0 VzÄ) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat in die Wege zu leiten.

#### **Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die für 3 Jahre befristet erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für 2017 und 2018 in Höhe von bis zu 65.030 € pro Haushaltsjahr entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stelle beim Kostenstellenbereich 20223000, Unterabschnitt 4070 anzumelden. Das Sozialreferat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat bis spätestens Ende 2018 zu überprüfen, ob und in welchem Umfang über die vorläufige Befristung bis Ende 2018 hinaus ein Stellenbedarf besteht. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der Stelle mit einer Beamtin bzw. einem Beamten durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand (50 % des Jahresmittelbetrags).

#### **Sachkosten:**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab dem Jahr 2016 erforderlichen Haushaltsmittel (einmalig investiv für Arbeitsplatzkosten Finanzposition 4070.935.93330.6) in Höhe von 2.370 € sowie für laufende Arbeitsplatzkosten in Höhe von 800 € für die Jahre 2016, 2017 und 2018 in voller Höhe im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für 2017 und 2018 budgeterhöhend zusätzlich anzumelden (Finanzposition 4070.650.0000.9).

10. Dem bedarfsgerechten Ausbau der Stellen im Stadtjugendamt im Sachgebiet Angebote für Familien, Frauen und Männer (S-II-KJF/A) wird zugestimmt. Das Produktkostenbudget des Produktes 60 3.2.1 erhöht sich ab 2016 jährlich befristet für

die Dauer von drei Jahren um Personalkosten in Höhe von 150.420 € (Finanzposition 4070.490.0000.0) sowie um die jährlichen Sachkosten ab 2016 jährlich um 1.600 € (Finanzposition 4070.650.0000.9)

### **Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 1 VzÄ für die Fachsteuerung und 1 VzÄ für die Finanzsteuerung befristet für drei Jahre ab Besetzung, sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die in den Haushaltsjahren 2016 bis 2018 befristet erforderlichen Haushaltsmittel entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen im Rahmen im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für 2017 und 2018 in Höhe von bis zu 148.820 € bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich des Stadtjugendamts, Kostenstelle 20224000, Unterabschnitt 4070, Produkt 60 3.2.1 zusätzlich befristet anzumelden.

Das Sozialreferat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat bis spätestens Ende 2018 zu überprüfen, ob und in welchem Umfang über die vorläufige Befristung bis Ende 2018 hinaus ein Stellenbedarf besteht. Im Ergebnishaushalt entsteht mit der Besetzung mit Beamten/innen durch die Einstellung der erforderlichen Personalrückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand i.H.v. 50 % des JMB.

### **Sachkosten:**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab dem Jahr 2016 erforderlichen Haushaltsmittel (einmalig investiv für Arbeitsplatzkosten) in Höhe von 4.740 (Fipo 4070.935.9330.6), sowie für laufende Arbeitsplatzkosten in Höhe von jährlich 1.600 € (Fipo 4070.650.0000.9) im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für 2017 und 2018 zusätzlich anzumelden.

11. Dem im Vortrag der Referentin unter Punkt 5 dargestellten Finanzierungsbedarf zum bedarfsgerechten Ausbau der Stellen in der Bezirkssozialarbeit wird zugestimmt. Die Produktkostenbudgets der Produkte 60.2.21.1, 60.2.2.1.2, 60.2.2.1.3, 60.2.2.1.3, 60.2.2.1.4, 60.2.2.1.2, 60.5.5.1.3, 60.5.6.1 erhöhen sich insgesamt dauerhaft ab 2016 um jährlich 1.034.507,10 € und befristet für 2016 in Höhe von 409.730,13 € für 2017 in Höhe von 256.962,64 € und für 2018 in Höhe von 132.984,90 €. Die Beträge sind in voller Höhe zahlungswirksam.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhafte Einrichtung von 12,93 VzÄ-Stellen BSA und 1,62 VzÄ-Stellen TRL im Haushaltsjahr 2016 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die befristete Einrichtung von 6,19 VzÄ-Stellen BSA

und 0,77 VzÄ-Stellen TRL im Haushaltsjahr 2016 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Von den 6,19 VzÄ-Stellen BSA sind 1,6 VzÄ für 4 Monate befristet; von den 0,77 VzÄ-Stellen TRL sind 0,2 VzÄ für 4 Monate befristet.

Das Sozialreferat wird beauftragt die befristete Einrichtung von 3,54 VzÄ-Stellen BSA und 0,44 VzÄ-Stellen TRL im Haushaltsjahr 2017 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Von den 3,54 VzÄ-Stellen BSA sind 0,56 VzÄ für 5 Monate befristet; von den 0,44 VzÄ-Stellen TRL sind 0,07 VzÄ für 5 Monate befristet.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die jeweils bis 31.12.2018 befristete Einrichtung von 1,66 VzÄ-Stellen BSA und 0,21 VzÄ-Stellen TRL im Haushaltsjahr 2018 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

### **Personalkosten**

Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab dem Haushaltsjahr 2016 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen ab 2017 ff in Höhe von bis zu max. 1.022.867,10 € und befristet im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 in Höhe von 489.214,20 €, für 2017 in Höhe von 279.797,60 € und für 2018 in Höhe von 131.488,50 € bei den Ansätzen der Personalauszahlungen der Leitung der Bezirkssozialarbeit und Sozialbürgerhäuser Soziales beim Kostenstellenbereich SO204, Unterabschnitt 4001 entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für 2017 und 2018 zusätzlich für die Jahre 2016, 2017 und 2018 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der Stelle mit einer Beamtin bzw. einem Beamten durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand (50 % des Jahresmittelbetrags).

### **Sachkosten:**

Das Sozialreferat wird beauftragt im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für 2016 die einmalig erforderlichen investiven Mittel in Höhe von 50.978,70 € für die Erstausrüstung (2.370,-- € x 21,51) und die dauerhaft erforderlichen konsumtiven Mittel in Höhe von 11.640,00 € (800,-- € x 14,55 VzÄ), befristet für 2016 in Höhe von 5.568,00 €, und im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für das Jahr 2017 in Höhe von 3.184,00 € und für das Jahr 2018 in Höhe von 1.496,00 € für die laufenden Arbeitsplatzkosten zusätzlich anzumelden.

12. Dem im Vortrag der Referentin unter 6. dargestellten Finanzierungsbedarf im Bereich

der Kinder- und Jugendarbeit für das beschriebene Projekt wird zugestimmt. Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 66.761 € im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 zusätzlich anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.1 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich befristet für 2016 zahlungswirksam um 66.761 €.

13. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00745 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 10.03.2015 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.

14. Die 160. Empfehlung der 277. Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 17.09.2015 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.

15. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### **III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München  
Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/11**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/12**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**  
**An die Frauengleichstellungsstelle**  
**An das Sozialreferat, S-Z-F (2 x)**  
**An das Sozialreferat, S-Z-P/LG**  
**An das Sozialreferat, S-Z-dIKA**  
**An das Personal- und Organisationsreferat**  
**An das Referat für Bildung und Sport**  
**An das Referat für Gesundheit und Umwelt**  
z.K.